



BmU e.V. Unabhängige Wählergemeinschaft

Der Vorsitzende
Bernhard Osterwind
Bergstr. 13, 40699 Erkrath
Tel.: 02104/46506
e-mail: bmu@bmu-erkath.de

03.07.2011

Rechenschaftsbericht 2011 Teil 2

Wahlprogramm der *BmU*, versprochen:



Abbildung 1: BmUler bei CO
Demo in Alt-Erkrath

der Unterstützungsunterschriften hat die BmU gesammelt. Auch die UWG-ME hat im Kreistag gegen die Pipeline gearbeitet.

Hauptrisikofaktor für die Gesundheit unserer Bevölkerung ist die CO-Pipeline. Die BmU hat alles im Stadtrat getan, was einer Kommunalvertretung möglich ist, um die Pipeline zu verhindern. Außerhalb des Rates hat die BmU zusätzlich nach Kräften Wolfgang Cüppers den Vorsitzenden der IG Erkrath bei seinem unermüdlichen Kampf unterstützt. Wir halfen ihm bei seiner Organisation der großen Demonstrationen in Düsseldorf und Erkrath sowie bei seiner Errichtung der Mahnwachen.

Die Parteien haben versagt, den Bürgerwillen im Landtag durchzusetzen und das Enteignungsgesetz zu kippen, das von allen Parteien im Landtag verabschiedet worden war. Viele

Wahlprogramm der *BmU*, noch nicht erreicht:

Das von der Regierungspräsidentin (RP) versprochene völlig neue Bauleitplanverfahren zur Pipeline hat bis heute nicht begonnen. Vor Gericht wurde zwar festgestellt, dass der Planfeststellungsbeschluss des RP rechtswidrig war, die neue Regierungspräsidentin hat aber angekündigt, einen neuen - nun rechtswirksamen - Planfeststellungsbeschluss anzustreben. Die *BmU*-Erkrath wird mit Wolfgang Cüppers zusammen alles in ihrer Macht stehende unternehmen, um dieses Risiko und damit einen Standortnachteil für Erkrath zu vermeiden.

Wahlprogramm der *BmU*, versprochen:

Zur Stärkung des Einzelhandelsstandortes Alt-Erkrath plant die BmU, dass die Stadt die Bongardstraße zur Einbahnstraße macht. So wird ein Teil der Straße zu einem zusätzlichen Parkplatz, der den Einkaufsstandort stärkt. Außerdem wird ein von Investoren geforderter großer Parkplatz im Bavierpark unnötig.

Vor allem die Entwicklung des Pose-Marre Geländes wird eine belebende Wirkung auf den Stadtteil haben. Das ist existenziell notwendig.

Handel und Gewerbe brauchen in der Stadtverwaltung einen „Kümmerer“.

Wir unterstützen die Planungen am Subzentrum Sandheide, welche auf eine Idee von Edeltraut van Venrooy zurückgehen. Durchgesetzt hat die BmU, dass am Subzentrum eine Bushaltestelle eingerichtet wird.

Wahlprogramm der *BmU*, noch nicht erreicht:

Das Subzentrum in der Sandheide steht vor der Fertigstellung, die dazugehörige randliche Infrastruktur (Tempo 30 auf der Sandheider Str.) und die Andienung mit der Buslinie ist noch nicht absehbar.

Das Baviercenter in Alt-Erkrath ist erfolgreich.

Handel und Gewerbe haben in der Wirtschaftsförderung keine Ansprechpartner mit ausreichender Personalkapazität. Für diesen Bereich, aber auch für die Bereiche Tiefbau, Hochbau, Kämmerei brauchen wir eine Organisationsuntersuchung oder weitere Stellen, damit wir trotz der gebotenen Sparsamkeit ausreichende Personalkapazitäten anbieten können. Das Planungsamt, zusammengelegt mit dem Umweltamt, ist klar unterbesetzt trotz vielfältiger Aufgaben. Auch hier muss mit dem nächsten Stellenplan eine Verbesserung geschaffen werden.



Abbildung 2: Mehr Kaufkraft in Erkrath binden

Wahlprogramm der *BmU*, versprochen:

Die BmU betreibt vielfältige Initiativen für den Verbraucherschutz. Über 3500 Unterstützungsunterschriften sammelte die BmU zur Fernwärmeproblematik. Erst dann waren die Parteien bereit, sich damit zu befassen! Herausgekommen ist zwar nur ein Kompromiss, aber ohne die BmU wäre noch nicht mal dieser zustande gekommen!

Wahlprogramm der *BmU*, noch nicht erreicht:

Umfangreiche Untersuchungen zu diesem Komplex haben die Stadtwerke vorgenommen. Die BmU ist unzufrieden, dass nach wie vor aber keine konkreten spruchreifen Ergebnisse vorliegen.

Wahlprogramm der *BmU*, versprochen:

Schon 1999 hat die Verwaltung auf Beschluss des Rates die ganze Stadt befliegen lassen, um bei allen Grundstücken den Anteil der Fläche zu ermitteln, der Regenwasser in die Kanalisation leitet. Das ganze kostete einen hohen sechsstelligen Betrag. Trotz dieser teuer gewonnen Erkenntnisse lehnte die CDU plötzlich die neue, gerechtere Abwassergebühr ab. 2007 wurde die CDU durch Gerichtsbeschluss gezwungen, endlich die gerechteren Abwassergebühren einzuführen. Bis dahin subventionierten vor allem Familien und Bewohner im mehrgeschossigen Wohnungsbau die von den Gewerbebetrieben verursachten Aufwendungen zur Klärung von Schmutz- und Regenwasser. Familienfreundlichkeit wird an dieser Stelle von CDU und FDP nur im Munde geführt. Wenn es darauf ankommt, greifen sie vorzugsweise in die Tasche der Familien!

Wahlprogramm der *BmU*, gehalten.

Das Gebührensystem ist im Sinne des BmU-Programms umgestellt worden.

Wahlprogramm der BmU, versprochen:

Schulden von heute sind das soziale Elend von Morgen!

Hauptursache der Kommunalverschuldung ist das Versagen der Parteien, die Mindestbedürfnisse der Städte „nach oben“ in Land und Bund durchzusetzen. Stattdessen haben die Kommunalhaushalte Aufgaben von Land und Bund übertragen bekommen – und sei es auch nur indirekt über die Kreisumlage – und diese nicht gegenfinanziert bekommen.



Das geht nun seit Jahrzehnten so. Mit dem Konjunkturpaket bekommen wir nur einen Bruchteil davon zurück. Es ist schon grotesk, wenn wir feststellen müssen, dass die vom Kreis gewährten Leistungen der sozialen Sicherheit nach SGB XII, das Pflegegeld sowie die Zuweisungen für laufende Zwecke Dritter um 8,8 Mio. € steigen, während die Kostenerstattung im Bereich des SGB XII mal gerade 1,2 Mio. € ausmacht.

Weitere Beispiele sind die Finanzierung der Kompetenzagenturen sowie die Pauschalierung der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft bei SGB II - Hilfen. Verschärft wird das Problem durch Erhöhung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften als Folge der Wirtschaftskrise. Allein 0,6 Mio. € Mehrausgaben hat der Kreis durch Übernahme der Elterngeldanträge und der Schwerbehindertenanträge vom Land zu verkraften. Über 200 neue Aufgaben wurden in den letzten zwei Jahren den Kommunen aufgelastet, ohne dass dies finanziell kompensiert wird.

Ein weiteres Beispiel für kaum zu tragende Mehrbelastungen: Das Land beschließt das G8, die Verkürzung der Gymnasialzeit. Aber die nun wegen des Ganztagsbetriebes notwendigen Mensen müssen die Kommunen gefälligst selber finanzieren. Das Land spendet bloß sein übliches Almosen dafür.

Wahlprogramm der BmU, nicht erreicht:

Um den Nothaushalt und damit Angebote wie z.B. die Offene Ganztagschule zu sichern, sahen wir uns für den Haushalt 2011 gezwungen, die Steuern zu erhöhen. Eine ausführliche Begründung findet sich in der Haushaltsrede 2011.



Allein

im laufenden Jahr sind die Folgen der Steuerreformen der letzten Jahre in einem Gutachten von ver.di mit - 2,9 Milliarden € für die NRW-Kommunen beziffert worden: und zwar auf Dauer.

Zum Vergleich: Land und Kommunen in NRW haben 2,1 Milliarden aus dem Konjunkturpaket II bekommen – einmalig. Die nächste Steuersenkungsrunde wird wieder vorbereitet in der Bundesregierung.

Durch drastische Mittelkürzungen der CDU/FDP Bundesregierung sind die Angebote Kompetenzagentur, Zündstoff und die Qualifizierungsmaßnahmen des SFKM in Frage gestellt. Hier muss die Stadt wieder die ausfallenden Mittel des Bundes ersetzen.

Wahlprogramm der BmU, versprochen:

Im November 2004 hat die CDU im Aufsichtsrat Stadtwerke gegen die BmU das Stimmrecht der Arbeitnehmer abgeschafft. Nur um die eigene Mehrheit dort durchzusetzen.

Wahlprogramm der *BmU*, gehalten.

Die Arbeitnehmer, welche im Übrigen unter Leitung von Gregor Jeken hervorragende Geschäftsergebnisse erzielen, haben nun wieder die Möglichkeit im Aufsichtsrat mitzubestimmen.

Wahlprogramm der *BmU*, versprochen:

Es wurde gegen unseren Rat versäumt, rechtzeitig die Stiftung des Naturschutzzentrums so mit Kapital auszustatten, dass sie nicht zum Gegenstand der Sparzwänge des Haushaltssicherungskonzeptes werden kann.

Wahlprogramm der *BmU*, gehalten.

Die Existenz des Naturschutzzentrums ist für die nächsten Jahre gesichert worden.